

Im Gespräch mit: Aymo Brunetti

Der Ökonom zeigt auf, wie sich die Schweiz auf eine neuerliche Notlage einer Grossbank vorbereiten kann. Und er legt der Politik eine andere Haltung zu Grossbanken in der Schweiz nahe.

«Wichtig ist, dass das Tabu fällt»

Reto Zanettin

Herr Brunetti, vor knapp einem Jahr ging die Credit Suisse unter. Wie wahrscheinlich ist es, dass die Grossbank UBS früher oder später ebenfalls scheitert?

Aymo Brunetti: Die Lehre aus den vergangenen zwei Jahrzehnten ist, dass man ein solches Ereignis nie ausschliessen darf. Man kann sich nicht darauf berufen, das Management agiere sehr gut und die Bank sei im Moment gut aufgestellt. Das hat man nach der Finanzkrise auch von der Credit Suisse behauptet. Sie scheiterte trotzdem. Es gibt also keine Garantien. Dass die Schweiz innert 15 Jahren zweimal eine Grossbank retten musste, verdeutlicht, dass man auch mit einem Scheitern der UBS rechnen muss.

Gibt es Anzeichen, dass die Bank zu hohe Risiken eingeht oder sonst wie auf Probleme zusteuert?

Brunetti: Nervös machen mich wiederholte Ansagen des UBS-Managements, es wolle die Bank zu einem grossen, globalen Player machen, in der Vermögensverwaltung wachsen und auch das Investmentbanking in den USA voranbringen. Alle Aussagen, die man hört, zielen auf Wachstum ab. Dabei ist die Bank für Schweizer Verhältnisse bereits extrem gross.

Warum ist die Grösse eigentlich ein Problem? Banken in den USA sind noch grösser als die UBS.

Brunetti: Auch die grösste amerikanische Bank – J. P. Morgan – ist gemessen am Bruttoinlandsprodukt sehr viel kleiner als die UBS. Das Klumpenrisiko ist in der Schweiz somit ungleich grösser als in anderen Ländern. Im äussersten Fall steht der Schweizer Staat mit Hunderten Milliarden Franken im Risiko. Wenn es wirklich schief geht, kann das die Schweizer Staatsfinanzen zerrütten.

Wie kann sich die Schweiz auf den unwünschten Fall vorbereiten, dass die UBS in eine Notlage gerät?

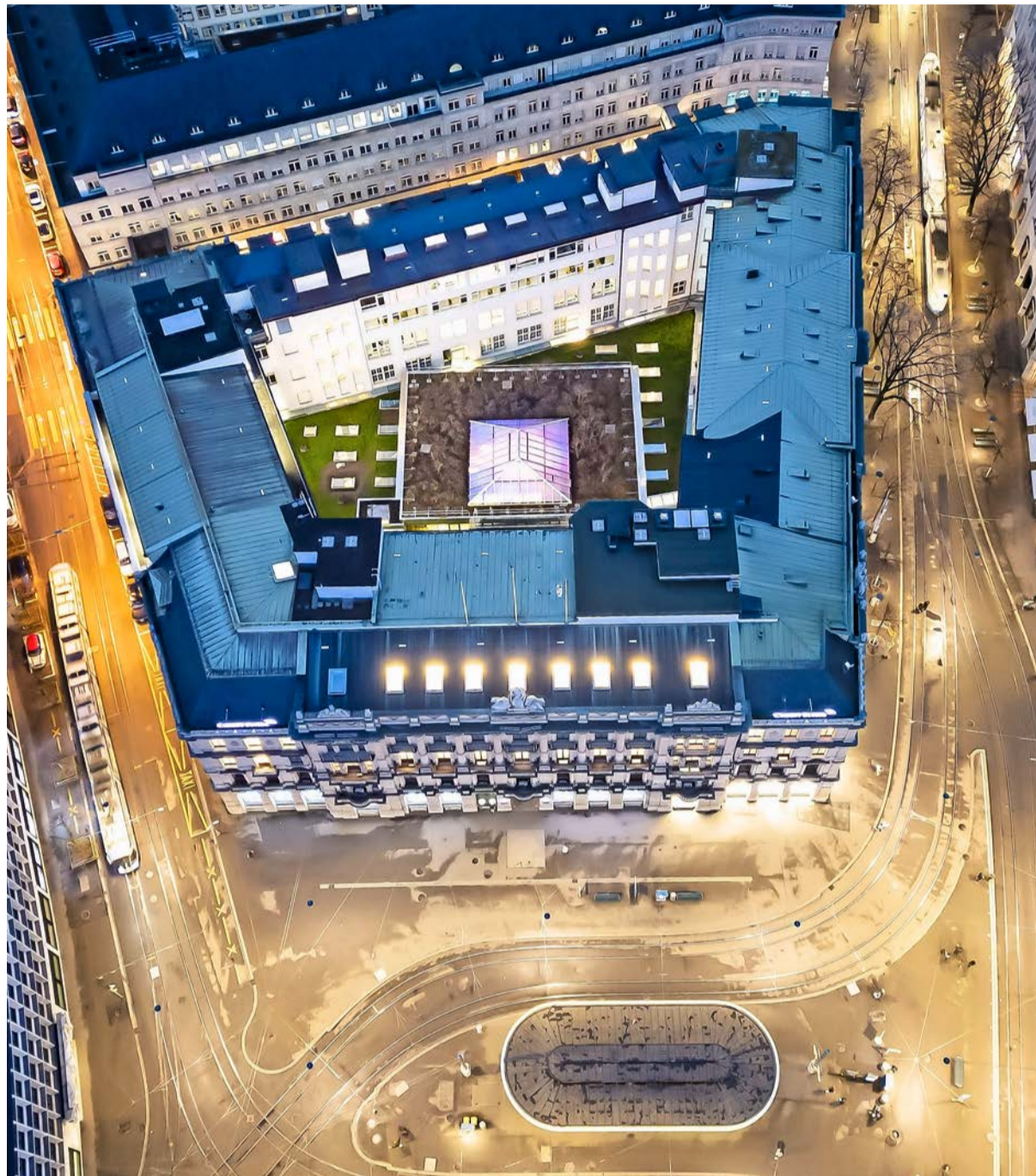
Brunetti: Die Übernahme durch eine andere Grossbank ist praktisch ausgeschlossen, vor allem da es in der Schweiz keine andere Grossbank mehr gibt, mit der in einer akuten Notlage rasch eine Lösung gefunden werden könnte. Eine Verstaatlichung ist ein No-Go, weil das Risiko für die Schweiz in keinem Verhältnis zum Nutzen einer Grossbank steht. Folglich muss gewährleistet sein, dass man die UBS äusserstenfalls abwickeln kann. Die ganze Energie sollte sich darauf konzentrieren – damit der Schweizer Staat bei einem nächsten Mal nicht im finanziellen Risiko steht.

Sie sagten vor knapp einem Jahr, dass man nicht abschliessend beurteilen könne, ob und wie die Abwicklung funktionieren würde, da im Fall der CS dieser Teil der Regulierung nicht angewendet wurde. Wie sehen Sie das heute?

Brunetti: Das ist tatsächlich noch immer der springende Punkt. Wir arbeiten seit Jahren an dieser Regulierung, jeder Standort mit einer Grossbank hat solche Abwicklungspläne. Doch nur weil sie nie angewendet wurden, sind sie nicht zwingend untauglich. Wären die Pläne untauglich, könnte die Schweiz in einer Kosten-Nutzen-Abwägung nicht Standort einer Grossbank sein. Ich glaube nach wie vor, dass man mit geeigneten Vorkehrungen Grossbanken abwickeln kann.

Wo aber sehen Sie Anpassungsbedarf?

Brunetti: Ich sehe zwei zentrale Ergänzungen. Zum einen braucht es jetzt einen Public Liquidity Backstop, eine staatliche Liquiditätssicherung für systemrelevante Banken in der Resolution. Denn im Moment, da die Bank auf dem Totenbett liegt, rennen die Leute, um das eigene Geld zu sich zu holen – ein klassischer Bankrun. Hier setzt die staatliche Liquiditätssiche-



Der Paradeplatz in Zürich – er steht auch symbolisch für den Schweizer Bankensektor.

BILD KEY

scheidend. Sonst wird eine Grossbankabwicklung in Zukunft nicht gelingen.

Eine weitere Diskussion dreht sich um das Eigenkapital der Banken. Vorschläge reichen bis zu 20 oder 30 Prozent. Wie hoch sollte das Eigenkapital Ihrer Meinung nach sein?

Brunetti: Heute liegt es ungewichtet bei 5 Prozent. Könnten wir auf der grünen Wiese starten, müsste die Eigenkapitalquote deutlich höher angesetzt werden. Solche Forderungen haben es aber politisch enorm schwer. Teil der Realität ist auch, dass die Banken sich gegen höhere Kapitalanforderungen vehement wehren. 20 oder sogar 30 Prozent sind somit kaum realistisch. De facto würde das bedeuten, dass man die UBS aus der Schweiz vertreibt.

Gibt es Alternativen zu einer derart hohen Eigenkapitalquote?

Brunetti: Eine Idee ist, dass das Eigenkapital viel stärker als heute progressiv zunehmen muss, wenn die Bank wächst. So wird Wachstum unattraktiv. Ein politisch realisierbarer Vorschlag wäre zudem, dass wir bei 5 Prozent Eigenkapital bleiben, dass dieses Erfordernis aber auf allen Stufen der Bank erfüllt sein muss.

Wie genau würden Sie das machen?

Brunetti: Die Bank besteht aus einem Mutterkonzern und aus Tochtergesellschaften in der Schweiz und im Ausland. Zurzeit ist es so: Wenn eine Tochtergesellschaft schlingert, ist ein Teil des Eigenkapitals bei der Tochtergesellschaft gebunden – mit der Folge, dass der Mutterkonzern unterkapitalisiert ist. Wenn alle Teile der Bank jederzeit 5 Prozent Eigenkapital aufweisen müssen, steigt die Kapitalisierung insgesamt substantiell.

Inwiefern sollte die Schweizer Politik in die Haltung kommen, dass die Schweiz keine Grossbank braucht?

Brunetti: Unbedingt sollte sie in diese Haltung kommen. Dass die UBS ihren Hauptsitz in der Schweiz hat, ist zwar gut. Doch ohne funktionierendes Abwicklungsregime ist das Risiko für den Staat und das ganze Land riesig. Handkehrum: Wir werden wirtschaftlich kaum etwas bemerken, wenn die UBS ihren Sitz ins Ausland verlegt, ausser bei den Gewinnsteuern. Der Schweizer Markt ist zu attraktiv und die Rahmenbedingungen zu gut, als dass die UBS ihre ganze Geschäftsaktivität abzieht. Es wird also immer noch UBS-Niederlassungen geben, und KMU werden nach wie vor Kredite beziehen können. Wichtig ist, dass das Tabu fällt und man infrage stellen kann, dass die Schweiz Sitz einer global tätigen Grossbank sein muss. Ökonomisch gesehen braucht sie keine solche Bank.

Also muss man unterscheiden: die ökonomische Betrachtung vom Selbstverständnis der Schweiz als Bankenland?

Brunetti: Dieses Unterscheiden ist zwar nicht einfach, weil es auch um eine Tradition und um Nationalstolz geht. Doch selbst wenn die UBS keine Schweizer Bank mehr wäre, wäre die Schweiz noch immer ein Bankenland. Der Beitrag der Finanzindustrie zum Bruttoinlandsprodukt bleibt so oder so hoch.

Der Bundesrat will in diesem Frühjahr einen Bericht zu den systemrelevanten Banken vorlegen. Derweil hat sich die UBS schon klare Rendite- und Wachstumsziele gesetzt. Ist die Bank nicht nur allenfalls zu gross für die Schweiz, sondern auch zu schnell – enteilt sie der Regulation?

Brunetti: Die Gefahr besteht und ist gross. Man kann der UBS allerdings nicht zum Vorwurf machen, dass sie wachsen will. Doch der Regulationswille darf nicht erlahmen. Der Bericht des Bundesrates ist darum essenziell. Es ist Zeit, dass die Landesregierung ihre Vorstellungen klarmacht.

rung ein. Sie signalisiert den Menschen, dass der Staat letztlich einsteht und deswegen kein Geld verlorengeht.

Die Credit Suisse erlitt einen grossen Vertrauensverlust. Inwiefern hilft der Public Liquidity Backstop tatsächlich gegen die Emotion, die einen zum Bankrun antreibt?

Brunetti: Die Einlagensicherung bis 100 000 Franken zeigt, dass solche Konzepte funktionieren. Bevor die Einlagensicherung eingeführt wurde, gab es immer wieder schwere Finanzkrisen – weil die Leute bei der kleinsten Unsicherheit zur Bank geeilt sind und ihr Geld abgehoben haben. Dieses Problem wurde gelöst. Analog dazu wird die staatliche Liquiditätssicherung für Grossbanken in der Resolution hinreichend sein. Damit sie glaubwürdig ist, muss der Staat aber sehr viel Geld bereitstellen.

Wie geht das auf, übernimmt der Staat damit eine Last, die er eigentlich nicht tragen kann?

Brunetti: Die Wahrscheinlichkeit, dass der Staat das Geld verliert, ist enorm klein. Denn es gibt Sicherheiten für die Liquiditätsvergabe. Wichtig ist aber: Die Wahrscheinlichkeit ist klein, aber nicht null, dass der Staat doch für einen gewissen Betrag aufkommen muss. Deshalb sollen die Banken eine Prämie für die staatliche Liquiditätssicherung bezahlen.

Wie würde das aussehen?

Brunetti: Die Prämie hängt vom Risiko ab, dass der Staat einspringen muss. Die Bank kann dieses Risiko und damit die Prämie senken, indem sie mehr Vermögenswerte hält, die als Sicherheiten für die Liquiditätsvergabe von der SNB akzeptiert werden. So oder so aber sind ein paar Millionen

Franken zu wenig. Die Prämie muss deutlich höher als das sein. Wie hoch genau, ist eine versicherungsmathematische Frage.

Sie wollten eine zweite Ergänzung zur Regulierung nennen. Welche?

Brunetti: Es muss gewährleistet sein, dass alle internationalen Regulatoren und die politischen Behörden am Wochenende X mitspielen. Alle müssen akzeptieren, dass Fremdkapital in Eigenkapital umgewandelt wird und dass Abwicklungspläne aus-

«Es ist Zeit, dass die Landesregierung ihre Vorstellungen klarmacht.»

gelöst werden. In der CS-Krise entstand der Eindruck, die amerikanischen Regulatoren hätten allenfalls hier nicht rechtzeitig mitgemacht. Unter solchen Zweifeln funktionieren die Pläne nicht. Man kann nicht zwei Wochen warten, bis alle ihr Plazet gegeben haben. Denn bis dann ist die Bank ungebremst Konkurs gegangen.

Wer sollte diese Akzeptanz herbeiführen – und wie?

Brunetti: In erster Linie machen das die Regulatoren unter sich aus. In der Schweiz ist die Finanzmarktaufsicht Finma am Zug. Freilich wird es nie ein schriftliches Dokument geben. Aber ein gemeinsames Verständnis unter den Regulatoren ist notwendig. Dieses wird zwar keine 100-prozentige Sicherheit geben, jedoch dafür sorgen, dass alle Regulatoren im Boot sind – und die Wahrscheinlichkeit substantiell reduziert, dass die Politik dazwischengeht, wenn es ernst wird. Das alles ist schwieriger zu erreichen, als den Public Liquidity Backstop einzuführen. Dennoch sind beide Ergänzungen meines Erachtens matchent-



Zur Person

Aymo Brunetti ist seit 2012 ordentlicher Professor am Departement Volkswirtschaftslehre der Universität Bern. Zuvor war er im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) tätig, unter anderem leitete er dort die Direktion für Wirtschaftspolitik. Brunetti ist verheiratet und hat zwei Kinder.